

Gesellschaftspolitik

Die Zukunft der Arbeit – Teil II

Fortsetzung des Beitrages aus
TAUSCHMAGAZIN Nr. 11

3.) Arbeitsaustausch mit anderen Familien und lokalen Kooperationsnetzen

Gute Nachbarn haben sich schon immer gegenseitig unterstützt. Mit wachsender Anonymität - vor allem in den Städten - ist dies aber nicht mehr selbstverständlich. Deshalb haben sich lokale Netzwerke für eine organisierte Nachbarschaftshilfe gebildet. Sie heißen Tauschringe, Generationenhilfe, Talentmarkt oder ähnlich und sie vermitteln Dienstleistungen in gegenseitiger Nachbarschaftshilfe.

Das Neue daran ist, dass die Bezahlung nicht in Geld erfolgt, sondern über die Verrechnung von Zeiteinheiten, die als „Batzen“, „Rheintaler“ oder „Talente“ auf einem Konto gutgeschrieben werden.

Jeder Beteiligte in einem solchen Ringtausch-System kann sich durch geleistete Arbeit neben seinem Geldeinkommen ein zweites ergänzendes Einkommensguthaben in Form einer Zeitwährung aufbauen, mit dem er die Dienste andere nachfragen kann.

Aufbauend auf den Erfahrungen von LETS (Local Employment and Trading Systems) aus dem angelsächsischen Raum haben sich in Deutschland Hunderte von Selbsthilfeprojekten gebildet, die eine breite Vielfalt von Gestaltungsmöglichkeiten aufweisen. Ihr Hauptziel ist, zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten und ein zusätzliches Einkommen neben der Erwerbsarbeit zu schaffen. Das Entscheidende ist auch hier, die Einschränkungen, die durch die Geldknappheit entstehen, durch ein neues Tauschmittel, eine Zeitwährung, aufzuheben. Den Menschen soll zu neuer Liquidität verholfen werden, ohne dass sie in die Schuldenfalle geraten. Wenn das Geld seine Funktionen, den Austausch von Waren und Dienstleistungen zu ermöglichen, nicht

mehr in ausreichenden Maße erfüllen kann, ist es notwendig und legitim, nach neuen Komplementärwährungen zu suchen.

Die Verrechnungsformen für geleistete Arbeiten sind vielfältig. Das können Punkte auf einem Kontenblatt sein oder verschiedenste Formen von

Gutscheinen, Zeitwertmarken, Service-Karten oder Dienstleistungs-Schecks.

So gibt ein Babysitter-Ring an Mitglieder 10 blaue Karten aus, mit denen Eltern einen Babysitter bezahlen können. Sind die Karten verbraucht, müssen die Eltern durch eigenes Babysitting bei anderen Familien wieder neue Karten verdienen, um weiterhin an dem gegenseitigen Leistungsaustausch teilnehmen zu können.

Zurzeit sind alle diese Initiativen noch wenig bekannt. Wie Helmut Saiger jedoch in seinem 1998 erschienenen Buch „Die Zukunft der Arbeit liegt nicht im Beruf“ darstellt, wäre ein zweiter Arbeitsmarkt zu schaffen, der 36 Millionen Haushalte umfasst und der darin besteht, dass die privaten Haushalte untereinander Arbeiten in Form von Bürger zu Bürger-Tauscharbeit anbieten.

Wenn jeder Haushalt nur vier Stunden pro Woche Leistungen anderer Haushalte in Anspruch nehmen würde, vom Nachhilfeunterricht bis zum Seniorenbegleitedienst, hätte dieser neue Arbeitsmarkt zwischen Bürgern ein Potenzial, das über 4 Millionen Vollarbeitsplätzen entspricht.“ Er stellt sich vor, dass Agenturen die Vermittlung zwischen den privaten Haushalten übernehmen. So könnte die Agentur „Rund um das Auto“ Wartungstätigkeiten, kleine Reparaturen, Mitfahrgelegenheiten, Gemeinschaftseinkauf und Car-Sharing vermitteln oder die „Kinder-Agentur“ kümmert sich um Babysitting, Kinder-Feiern, Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe, Erziehungsberatung, Mithilfe in Kindertagesstätten oder Tutorientätigkeit in Schulen.

Zurzeit ist das Volumen solcher Dienste noch so gering, dass es sich unterhalb der steuerlichen Freigrenzen bewegt, wenn man denn eine Konvertierbarkeit der Zeitwährungen zum Euro herzustellen versucht. Auch haben die Tausch- und Nachbarschaftsringe aufgrund der geringen Mitgliederzahlen Probleme, den Überhang von angebotenen Diensten mit der tatsächlichen Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen.

Im Zuge der zu vermutenden weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit könnten sie jedoch so interessant werden, dass Steuern in den neuen Verrechnungsformen zu zahlen sein könnten.

Das könnte zu einer neuen Form von Kooperati-

on zwischen Bürgern und Kommunen führen, wenn die Kommune für die eingenommenen Zeitkontingente Leistungen in Anspruch nehmen könnte, sei es für erweiterte Öffnungszeiten von Bibliotheken, für Hilfsarbeiten in städtischen Alters- und Pflegeheimen, für viele Tätigkeiten, die aus Geldmangel bereits weggefallen sind.

Kooperationen zwischen Tauschringen und Kommunen sind in einigen Städten schon in Erprobung. Arbeiten werden geleistet gegen die Überlassung von Räumen, für verbilligte Eintrittskarten für Schwimmbäder oder Theater oder verbilligte Fahrkarten der Verkehrsbetriebe. Allerdings nehmen sich die Kommunen mit jeder Privatisierung die Möglichkeiten zum Tauschein-satz gegen Bürgerarbeit.

„Wenn neben den einschränkenden Denkmustern die eventuellen gesetzlichen Hürden und Zuständigkeitsfragen in den Kommunalverwaltungen durch kreative Lösungen überwunden werden, könnten neben den privaten Haushalten generell die Kommunen die Gewinner sein.“

Öffentliche Einrichtungen könnten aufrechterhalten werden. Mit einem Netz von „bezahlten“ lokalen Arbeitsangeboten könnten Vereinzelung und Rückzug, Alkoholprobleme und Gewaltentladungen frustrierter Gruppen vermindert werden. Je selbstverständlicher und legitim anerkannter solche Tätigkeiten werden, desto eher bildet sich eine neue Haltung heraus, in freier Entscheidung aus dem breiten Angebot von Tätigkeiten für Bürgerpunkte die den eigenen Fähigkeiten und Interessen angemessenste zu nutzen.

Man könnte sich auch vorstellen, dass die Kommune die Hoheit über die lokale Geldwährung der Bürgerpunkte übernimmt. Sie könnte ein inflationssicheres Volumen an lokalem „Geld“ schaffen und in Umlauf bringen. Denkbar wäre auch eine zu schaffende Kommunal-Steuer oder Abgabe auf Bürgerpunkte, mittels derer einmal die entstehenden Kosten gedeckt, aber auch wiederum Projekte der Bürger mitfinanziert werden könnten. Die Kommune wäre in der Lage, erfolgreicher als bei der zunehmenden Finanzknappheit eine eigene lokale Arbeits- und Wachstumspolitik zu betreiben

Eine zusätzliche Einkommensmöglichkeit durch Bürgerpunkte hilft auf jeden Fall, angesichts weiter steigender Arbeitslosigkeit und gefährdeter Renten möglichst viel Geld übrig zu behalten für die Dinge, die nur mit Euro bezahlt werden können.

Eine besondere Variante des Einsatzes von Bürgerpunkten praktizieren die Senioren-Hilfsdienste. Hier erbringen rüstige Senioren, aber auch jüngere Menschen Dienstleistungen aller Art für Ältere, die Hilfe benötigen. Die verdienten Bürgerpunkte werden jedoch nicht ausgegeben, sondern fließen auf ein Alters-Konto, dessen Guthaben sie in Anspruch nehmen können, wenn sie selbst der Hilfe bedürfen. So können in Japan sogar erarbeitete Bürgerpunkte den alten Eltern in anderen Regionen zu Gute kommen. Hier könnten die Kommunen, die dadurch eine erhebliche Entlastung erfahren, die Sicherung des Transfers in die Zukunft durch entsprechende Rücklagen oder eine Bürgerstiftung gewährleisten.

Einwände gegen Tauscharbeit der privaten Haushalte und der Arbeit gegen Bürgerpunkte sind vor allem von der Wirtschaft und Verbandsvertretern zu erwarten. Bei einer solchen Ausweitung könne man nicht mehr von Nachbarschaftshilfe oder vereinsinterner Gemeinschaftsarbeit sprechen. Die Arbeit von „Laien“ werfe haftungs- und berufsgenossenschaftliche Probleme auf und verletze die Handwerksordnung. Ein weiteres, auf den ersten Blick stichhaltiges Argument ist der Hinweis, dass Arbeitsplätze beim Gewerbe verloren gehen.

Dazu ist zu sagen: Es ist nicht möglich, sich gegen eine Entwicklung zu stemmen, die durch die Überlebensstrategien von Millionen Arbeitslosen und Ausgegrenzten entsteht, wie man am Beispiel des unkontrollierbaren Wachstums der Schwarzarbeit studieren kann. Hier dürfte es sinnvoller sein, durch legitimierende und planende Unterstützung die Entwicklung in eine Richtung zu steuern, die dem persönlichen und dem allgemeinen Nutzen dient.

Durch die Erleichterungen für die Gründung von Gewerbebetrieben hat sich hier schon einiges getan. Die starren Barrieren sind auf Dauer auch für das Handwerk schädlich. Sie werden wahrscheinlich, ob uns das passt oder nicht, durch die gesellschaftliche Realität überholt werden.

„Sicherlich sind beim Aufbau eines lokalen Netzes von Direktarbeiten zwischen privaten Haushalten und zwischen Bürgern und Kommune ergänzende gesetzliche und ordnungspolitische Regelungen notwendig. Bestimmte sicherheitskritische Tätigkeiten müssen aus dem Zulässigkeitsbereich ausgeschlossen werden, andere an die Bedingung bestimmter Fortbildungen gebunden sein. Auch Haftpflichts- und Unfallsfragen müssen bedacht werden.“

In den meisten Fällen würden ohne Tauscharbeit diese Arbeiten unterbleiben, da für sie kein Geld in den Haushalten vorhanden ist.

Es kann durchaus dazu kommen, dass eine Umstrukturierung von Gewerbebezweigen erfolgt. Ein Rückzug in einen Bereich wird zu einer Ausweitung in einem anderen Bereich führen, wie bei der Do-it-yourself-Bewegung im Rahmen der Eigenarbeit bereits erwähnt.

„Millionen würden zur Erbringung ihrer Leistungen zusätzliche Produkte einkaufen, vom Gartengerät bis zum Lehrbuch, sie würden zusätzliche Fortbildungen nachfragen, sie würden für komplizierte Aufgaben auf ergänzende Dienste von Architekten, Handwerkern, Beratern usw. zurückgreifen. Eine Zuliefer- und Unterstützungsnachfrage könnte einen Wachstumsschub auslösen.“ Außerdem werden durch die Ersparnisse durch Bürgerpunkte Geldmittel frei, die für neue Nachfrage zur Verfügung stehen.

Ein gewichtiges Argument der Wirtschaft sind die „unfairen“ Kostenvorteile der privaten Haushalte und die damit verbundenen Wettbewerbsverzerrungen. „Realität ist: Es werden Arbeitsplätze im Schiffsbau gefährdet, weil die Koreaner billiger sind. Es werden mittelständische Arbeitsplätze gefährdet, weil die Osteuropäer billiger sind. Kleine Unternehmen werden von großen geschluckt oder in die Insolvenz getrieben. So werden auch einzelne Betriebe gefährdet, wenn Haushalte untereinander Leistungen günstiger und/oder besser anbieten.“ Diese Tatsache erlaubt aber, so grausam es klingt, keine Schlussfolgerungen. Um zu einer Bewertung zu kommen, brauchen wir Antworten auf die Frage, wie sich die neue Konkurrenz insgesamt auf die wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt auswirkt.“

4. Bildungsarbeit in einer lernenden Gesellschaft

Die größte Hürde für eigene Wertschöpfung und neue Einkommensmöglichkeiten ist die gleiche wie für den Zugang zu einem attraktiven Erwerbsarbeitsplatz. Entscheidend ist die Qualifikation, die fachlichen, personalen und sozialen Fähigkeiten eines Menschen, wobei diese nicht mit erworbenen Zeugnissen und Diplomen gleichzusetzen sind. Das so genannte Humankapital erstreckt sich auf den ganzen Menschen, angefangen bei körperlicher Fitness und Gesundheitsbewusstsein, über fachliche Fähigkeiten aller Art mit der Motivation zu stetiger Weiterqualifizierung, soziale Kompetenzen wie Team- und Kooperationsfähigkeiten, sowie personale wie Zu-

verlässigkeit, Ordnung, Selbstdisziplin und wie der Wertekanon auch immer heißen mag.

In einer Zeit, in der niemand mehr einen festen Arbeitsplatz und ein sicheres Einkommen garantieren kann, sind Wissen und Persönlichkeitsfaktoren die einzige sichere Basis. Wenn Menschen damit rechnen müssen, dass sie sich immer wieder einen neuen Arbeitsplatz mit neuem Anforderungsprofil suchen müssen, gibt es nur die eine Sicherheit, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern, d.h. ihr Wissen und ihre Fähigkeiten auf einem aktuellen und nachgefragten Stand zu halten. „Dabei geht es nicht nur um die Erhaltung der erwerbsberuflichen Arbeitsfähigkeit, sondern vielmehr um die Erhaltung der persönlichen Fähigkeiten zur Bewältigung von allen Lebenssituationen, den beruflichen und den privaten in einer sich ständig ändernden Welt.“ Solche Fähigkeiten sind z.B. Methoden zur Informationsgewinnung und -verarbeitung, Urteils- und Entscheidungsvermögen, Team- und Kommunikationsfähigkeit, Offenheit, Kreativität, Belastbarkeit und Integrität, Fähigkeiten, die man in der Schule leider nicht oder kaum lernt.“ Mit solchen Schlüsselqualifikationen ist die Zukunft am ehesten zu meistern.

Das Schlagwort vom lebenslangen Lernen wird zwar häufig beschworen, aber ein schlüssiges Konzept und eine Gesamtstrategie gibt es dafür nicht. Wenn in wirtschaftlichen Krisenzeiten gerade eine Bildungsoffensive vonnöten wäre, werden stattdessen wegen knapper werdender Finanzmittel Zuschüsse bei Bildungseinrichtungen gestrichen oder gekürzt.

Lernen muss zur gesellschaftlich anerkannten und honorierten „Arbeit“ werden, die jeden Menschen lebenslang in seinem Alltag begleitet. Da es kein Konzept und keine institutionelle Absicherung gibt, bleibt die Organisation seiner „Bildungsarbeit“ jedem Einzelnen überlassen. Häufig ist er damit überfordert.

Bildung als Berufsvorbereitung und gelegentliche Fortbildung ist zu wenig. Ziel muss sein, Menschen zu motivieren, ihr Potenzial an Fähigkeiten ständig weiterzuentwickeln, einmal unter dem Gesichtspunkt des Humankapitals als mögliche Einkommensquelle, zum anderen unter dem Gesichtspunkt persönlichen Wachstums.

Die neue Aktivitäts- und Kommunikationsgesellschaft wird alle Lebensbereiche umgreifen. Die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit gilt nicht nur für einen Erwerbsarbeitsplatz, sondern auch für außerberufliche Tätigkeiten, wie z.B. Arbei-

ten im lokalen Tauschnetz. Dafür braucht es qualifizierte und anerkannte Fortbildungsangebote. Für außerberufliche Tätigkeiten müssen ebenso wie für die Erwerbsarbeit Bildungsgänge und Tätigkeitsbezeichnungen entwickelt werden, zwar unterhalb einer beruflichen Qualifikation, aber mit ausreichender Qualitätssicherung und Zertifikaten.

Zur Finanzierung dieses lebenslangen Lernens schlägt Helmut Saiger Bildungsgutscheine vor, die vom Staat oder der Kommune ausgegeben werden und auf die jeder Anspruch hat. Diese Gutscheine sind nach eigenem Ermessen für bestimmte Kurse usw. einlösbar. Sie sind nur etwas wert, wenn sie in Anspruch genommen werden. Sie sind nicht übertragbar. Die Bildungsinstitutionen erhalten für die eingenommenen Gutscheine den entsprechenden Geldbetrag.

Bei Unternehmen wird Bildung – meist in Form von Weiterbildung – schon lange als Arbeit anerkannt und vom Betrieb direkt oder als Lohnfortzahlung vergütet. An Bildung Arbeitsmaßstäbe anzulegen, heißt aber auch Mindestanforderungen an die Qualität der Bildungsanbieter zu stellen. Nicht die Teilnahme, sondern die Leistungsergebnisse müssen die Finanzierung der Bildungsmaßnahmen bestimmen.

„Statt einfach nur Lohnkosten in Form eines Kombilohns zu bezuschussen, wenn ein Arbeitgeber Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfeempfänger beschäftigt, könnte man einen Teil der öffentlichen Lohnzahlung in Form von Bildungsgutscheinen vergeben, von denen der Betrieb nur etwas hat, wenn er sie in Qualifikationen der Mitarbeiter umsetzt und einlöst. Betriebliche Sozialpläne könnten Bildungsgutscheine enthalten, damit die Mitarbeiter motiviert werden, etwas zur Erhöhung ihrer weiteren Arbeitsfähigkeit zu tun.“

Bildungsgutscheine als fester Bestandteil von Entlohnungen, sozialen Maßnahmen und öffentlichen Förderungen könnten mit der Zeit zu einem zielgerichteten Finanzierungsmittel für ein lebenslanges Lernen werden.“

5. Gemeinsinnarbeit im sozialen und bürgerchaftlichen Ehrenamt

Der Mensch ist nicht nur Individuum, sondern auch Gemeinschaftswesen. Deshalb war das Engagement für die Gemeinschaft schon immer ein konstitutionelles Merkmal aller Kulturen. Millionen von Menschen arbeiten in allen Ländern ehrenamtlich. Gemeinschaftsdenken und –handeln

waren schon immer für das Überleben der Menschheit wichtiger als der ungezügelter Wettbewerb – jeder gegen jeden, – der im Verlauf der Menschheitsgeschichte eine ziemlich junge Erscheinung darstellt. „Ein Engagement für das Gemeinwesen bedeutet Vorsorge gegen Einsamkeit und Isolation, gegen Gefühle der Sinnlosigkeit und des Nichtgebrauchtwerdens, gegen das Auseinanderbrechen der Gesellschaft in Einzel- und Gruppeninteressen, gegen Ellenbogenmentalität und soziale Kälte, gegen den Verlust von Solidarität“.

„In der heutigen Situation hoher Arbeitslosigkeit kommt noch ein wichtiges Moment hinzu. Ein menschenwürdiges, erfülltes und engagiertes Leben muss auch jenseits der klassischen Erwerbsarbeit möglich sein. Unsere Gesellschaft wäre ohne ehrenamtlich tätige Menschen nicht nur ärmer und kälter, sondern auch weniger funktions-tüchtig.“ „Wohin es führen würde, wenn Menschen nur noch gegen Geld arbeiten würden, zeigt uns die Pflegeversicherung mit ihren Zeit- und Honorarvorgaben.“

Als Gründe, warum sich Menschen ehrenamtlich engagieren, werden folgende genannt: „ Kontakte und Gemeinschaft; Möglichkeiten, um neue Rollen und Verantwortlichkeiten auszuprobieren; neue Erfahrungen und Qualifikationen; soziale Anerkennung; eine erfüllende Tätigkeit; die Befriedigung, bei Plänen und Entscheidungen aktiv mitgewirkt zu haben; gebraucht zu werden; sich zu engagieren, damit es in der Gesellschaft besser läuft.“ Zurzeit beteiligen sich etwa 15% der Bevölkerung an ehrenamtlichen Arbeiten.

Wenn die Gemeinsinnarbeit in Zukunft einen gleichrangigen Platz in einer Fünf-Arbeiten-Gesellschaft einnehmen soll, sind bestimmte Rahmenbedingungen notwendig. Um ein breites Netzwerk von Gemeinschaftsarbeiten zu schaffen, müssen die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger stärker berücksichtigt werden. Neben den zurückgehenden traditionellen ehrenamtlichen Tätigkeiten in Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Parteien haben sich neue Formen entwickelt, die mehr themen- und projektbezogen sind: Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen. Die Menschen wollen entweder aus eigener Betroffenheit Missstände beseitigen oder in advokatorischem Engagement für andere Menschen oder die Natur etwas erreichen. Sie wollen etwas bewegen, mitgestalten, mitbeteiligt sein. Sie wollen nicht nur Hilfskraft von Hauptamtlichen sein, wollen weder über- noch unterfordert sein und sie wollen das Gefühl

von Effizienz der Arbeit haben. Die langfristige Bindung an eine Organisation oder Einrichtung mit gleich bleibenden Aufgaben nimmt ab. Die Tendenz geht eher zu wechselnden Projekten auf Zeit, zu Aktionen, Kampagnen, zur Verfolgung überschaubarer Teilziele. „Ein soziales Netzwerk ehrenamtlicher Arbeit und bürger-schaftlichen Engagements, das in Zukunft für den Großteil der Bevölkerung attraktiv sein soll, muss aus vielen organisatorischen Angeboten für Junge und Alte, Männer und Frauen, für Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten bestehen. Es sollte ein breites Anforderungsprofil bieten, von der einfachen Helfertätigkeit bis zur Führungsaufgabe. Das Netz muss sich aus sich selbst und den Bedürfnissen heraus frei verändern und organisieren können, mit möglichst wenig Bürokratie und Verwaltungsaufwand. Andererseits braucht es Einrichtungen, die informieren und vermitteln, die eine kontinuierliche Arbeit sichern und finanzieren, die Lücken erkennen und neue fehlende Engagements fördern. Ein erster Schritt sind die von einigen Städten geförderten Freiwilligenagenturen, die über Initiativen und Einsatzmöglichkeiten Beratung und Vermittlung anbieten. Sie sind aber im Bewusstsein der Bevölkerung kaum präsent. Ein wirklicher Durchbruch wird sich erst einstellen, wenn das ehrenamtliche Engagement mit zusätzlichen Anreizen versehen wird, die der persönlichen Befriedigung aus der Tätigkeit heraus eine Komponente gesellschaftlicher Anerkennung hinzufügen.“

Hier muss ein ausgefeiltes System von sozialen und materiellen Anerkennungen einsetzen, angefangen von der Erstattung eigener Aufwendungen über kostenlose Bildungsangebote mit Zertifikaten; die Anerkennung bei beruflichen Bewerbungen und mit einer teilweisen Berücksichtigung bei Rente und Steuer. Hier ist mit Kreativität vieles denkbar. „Wenn aus Bürgerengagement dem lokalen Gemeinwesen nachweisbar Kostenersparnisse oder sonstige Vorteile entstehen, sollte ein Teil des Ersparten Geldes in Form von Zuschüssen als Bürgerpunkte, Bildungsgutscheine oder die Übernahme von Versicherungsleistungen an die Gruppe zurückfließen.“

Eine Beteiligung der Wirtschaft an bürgerschaftlichen Projekten macht insofern Sinn, als eigene Interessen mit Gemeinschaftsinteresse verbunden werden können. „Wer außerberuflich engagiert ist, Verantwortung übernimmt, Dinge organisiert, bringt wichtige Fähigkeiten in den Beruf ein, die dem Betrieb von Nutzen sind. Neben wirtschaftlichem Effizienzdenken macht gemeinnütziges Engagement erst die verantwortungs-

volle Führungspersönlichkeit aus.“ Freistellungen für den Dienst an der Gemeinschaft wirken sich auf jeden Fall positiv auf das Unternehmen und sein Image aus. Hier gibt es schon vorbildliche Initiativen wie das Projekt „Seitenwechsel“, bei dem freigestellte Manager eine Woche in einem sozialen Projekt arbeiten und vieles aus einer ganz neuen Perspektive erleben.

Eine breite Freiwilligen- und Gemeinsinnarbeit ganz ohne soziale und materielle Vorteile wird nicht möglich sein. Gerade in Zeiten von Arbeitslosigkeit sind mehr Menschen gezwungen, auch finanzielle Vorteile zu berücksichtigen. Alle vier vorgestellten Arbeiten neben der Erwerbsarbeit müssen für die Menschen attraktiv und möglich sein. Sie sind als gleichwertig im Bewusstsein der Menschen zu verankern.

Wenn man bedenkt, wie zufällig und wenig differenziert diese vier Formen von Arbeit noch sind im Vergleich mit der gut strukturierten Erwerbsarbeit, können noch eine Menge neuer Existenzsicherungs-, Einkommensergänzungen, Beschäftigungs- und Sinnmöglichkeiten erfunden werden.

Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, sich aus dem Repertoire der Fünf-Arbeiten-Gesellschaft je nach Lebensalter, Familienstand, Vorbildung und Vorlieben das auszuwählen, was ihn innerlich und äußerlich weiterbringt.

Mechthild Pfülb, Tauschring Wiesbaden
M.Pfuelb@t-online.de

Verwendete Literatur

- Helmut Saiger, Die Zukunft der Arbeit liegt *nicht* im Beruf, 1998, München;
- Joachim Sikora, Vision einer Tätigkeitsgesellschaft, 1999, Bad Honnef;
- Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit, 1997, Frankfurt a.M.